

Dringliche Anfrage

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 28.04.2008

Umgang der Polizei mit Neonazis/Neofaschisten und antifaschistischem Widerstand in Südniedersachsen und im Südharz

Nach den regionalen Protesten antifaschistischer Bündnisse, dem daraus folgenden Verbot der FAP und der Ausweisung ihres damaligen Vorsitzenden Karl Polaczek nach Österreich schenkte das niedersächsische Innenministerium der neofaschistischen Szene in Niedersachsen und speziell in Südniedersachsen eine abnehmende Aufmerksamkeit.

Allerdings haben sich Südniedersachsen und der Südharz in den letzten Jahren zu einer Schwerpunktregion der Neofaschisten für den Aufbau rechtsradikaler Strukturen entwickelt. Insbesondere im Südharz greifen Neofaschisten auf ein Netz von Immobilien, Kneipen, Läden und stillen Geldgebern zurück. Von dieser Basis aus sind die Nazis in der Lage, regionale und überregionale Aktivitäten mit rechtsextremistischem Hintergrund zu planen und umzusetzen. Allein in Bad Lauterberg konnte die NPD bei den niedersächsischen Landtagswahlen am 27. Januar 2008 ihr bestes Ergebnis in Niedersachsen erzielen und zog in den Rat der Stadt ein.

Am 26.04.2007 durchsuchte die Polizei etwa 30 Wohnungen/Objekte von Neonazis, darunter auch eine Wohnung in Northeim. Hintergrund waren Ermittlungen wegen Bildung bewaffneter Gruppen und Verstößen gegen das Waffengesetz, nachdem während eines Sommerlagers der sogenannten Heimattreuen deutschen Jugend (HdJ) mit Schusswaffen posiert wurde.

Am 30.10.2007 fanden auf Anordnung der Staatsanwaltschaft Frankfurt/M. zeitgleich Hausdurchsuchungen bei den Naziliedermachern und NPD-Landtagskandidaten Michael und Annett Müller in Bad Lauterberg sowie beim NPD-Bundesvorstandsmitglied und „Führer“ der Kameradschaft Northeim Thorsten Heise in Fretterode statt. Bei letzterem sind dabei Schusswaffen sichergestellt worden, und ein Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz ist eingeleitet worden.

Am 19.01.2008 demonstrierte ein überparteiliches Bündnis aus Parteien, Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Gruppen mit über 700 Antifaschisten friedlich gegen die erstarkenden Neonazistrukturen im Südharz. Ein massives Polizeiaufgebot behinderte die Anreise zur und den Verlauf der Demonstration erheblich. Während Antifaschisten fotografiert und verfolgt wurden, konnten Anhänger der sogenannten Anti-Antifa Demonstrierende ungehindert filmen und fotografieren.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse gibt es über einen gezielten Zuzug von Neonazis in den Landkreis Osterode, um aller Voraussicht nach der erklärten Neonazistrategie einer „national befreiten Zone“ nachzugehen?
2. Welche Erkenntnisse lassen den niedersächsischen Minister für Inneres und Sport - Uwe Schünemann - zu der unter anderem am 07.11.2007 im „Göttinger Tageblatt“ veröffentlichten Aussage kommen „Viele Rechtsextreme haben eine hohe Affinität zu Waffen. (...) Ob und inwieweit sie diese Waffen allerdings zum politischen Kampf einsetzen, müssen die Ermittlungen zeigen“?

3. Wie konnte die Polizei am 19.01.2008 in Bad Lauterberg das Verdecken von Teilen des Gesichts zum Beispiel mit Sonnenbrillen unterbinden, durchsetzen und Verfahren gegen Antifaschisten einleiten, während Fotografen und Filmer der sogenannten Anti-Antifa hinter den Polizeikräften stehend ungehindert Demonstrantinnen und Demonstranten gezielt abfotografieren und filmen konnten, obwohl die Einsatzleitung der Polizei darauf aufmerksam gemacht wurde?

Christa Reichwaldt

Parlamentarische Geschäftsführerin